Morgen-Ausgabe
No. 535 — 58. Jahrgang

Berliner Volks-Zeitung

Erstes Beiblatt
Dienstag, 15. November 1910

Lokales

Die Freie Volksbühne und die Zensur.

Der Feldzug des Berliner Polizeipräsidenten gegen die Freie Volksbühne hatte diese zur Einberufung einer Protestversammlung veranlaßt, die gestern abend unter starker Beteiligung bei Keller in der Köpenicker Straße Einspruch gegen den bekannten Zensurerlaß erhob.

Der Vorsitzende Baake eröffnete die Versammlung mit einem kurzen Hinweis auf das polizeiliche Vorgehen.

Der erste Redner, Reichstagsabgeordneter Wolfgang Heine behandelte über den Einzelfall hinaus das Wesen der Zensur überhaupt. Mit allem Nachdruck müsse die bei unseren Behörden herrschende Idee bekämpft werden, als müsse dem Volke vorgeschrieben werden, was in geistiger Beziehung es zu tun und zu genießen hat. Dieses Bevormundungssystem wirke besonders verhängnisvoll auf dem Gebiete der Kunst. Für sie gelte in besonderem Maße, was Humboldt von der Wissenschaft sagte: Frei muß sie sein, frei bis zum Mißbrauch! Jede Theaterzensur, jede Zensur überhaupt ist unvernünftig, und ein guter, liberaler Zensor ist gefährlicher als ein schlechter, denn ein schlechter macht sich selbst unmöglich. Ebenso ist es mit den Bureaukraten. Das Vorgehen gegen die Freie Volksbühne hat auch eine eminent politische Seite. Dieselben Kräfte, die zum Staatsstreich drängen, die demokratische Regungen im Keime ersticken möchten, sie verlangen immer wieder die Theaterzensur. Sie erklären, die Staatsraison verlange die Unterdrückung aufreizender Stücke. Gewiß kann ein Stück revolutionär wirken. Alles, was das Leben geistig aufwärts bringt, ist revolutionär und untergräbt die Mächte der geistigen Finsternis, bis sie schließlich gestürzt werden. Das jetzige Vorgehen gegen die Freie Volksbühne sollte dazu führen, daß sich alle Freunde und Kämpfer für die Kulturförderung des Volkes wieder zusammenfinden ohne Unterschied der Partei zur Abwehr der Bestrebungen, die uns in Preußen in der Kultur immer weiter nach rückwärts drängen wollen.

Der zweite Redner, Chefredakteur Karl Vollrath, führte unter anderem aus:

Eines ist mir an der Theaterzensur immer das auffälligste gewesen, nämlich daß die Polizei selber nicht dieses Amtes überdrüssig geworden ist, genau so wie heute schon viele evangelische Geistliche des Lokalschulinspektoramtes überdrüssig geworden sind. Man mag über die Polizeibehörde so hoch denken, wie etwa ein Polizeipräsident, das eine hat sie mit jedem Privatmann gemeinsam, daß es für tausend Möglichkeiten gibt, sich zu blamieren. Von dieser Möglichkeit, sich zu blamieren, hat die Polizei aller Länder nirgends einen reicheren Gebrauch gemacht als gerade auf dem Gebiete der Theaterzensur. Es gibt kein Stück, das heute der Weltliteratur angehört, das nicht vor seiner ersten Aufführung auf Widerstände der Polizei gestoßen wäre. Es ist geradezu ein literarisches Qualitätszeugnis für ein Stück, daß es erst von der Polizei nicht verstanden oder zu gut verstanden und deshalb verboten worden ist. Der Redner führte dann unter stürmischer Heiterkeit den Zuhörern einige tolle Zensurstückchen vor und wies wieder zusammenfindend der Zensur treffend illustrierten. Er warf dann die Frage auf: Wer übt denn die Zensur zumeist? Die meisten Zensoren sind hervorgegangen aus dem Assessorismus, der aber sehr viele verbildete Juristen, aber in literarischer Beziehung im allgemeinen, nur durch wenige Ausnahmen durchlöchertes Vakuum aufweist. Nach ihrer literarischen Vorbildung gehören die meisten in den Garten der Literatur, wie die Kuh in den Porzellanladen. Trotzdem ist Gefahr, die Zahl ihrer Mamagen zu vermehren, gibt die Polizei selbst von ihrer Machtfülle nichts auf. Das Volk muß deshalb für die traurigen Zeit Metternichs gebrochen wird. Es handelt sich dabei nicht nur um eine Schädigung des Publikums, das in seinen Bildungsbestrebungen gehemmt wird, sondern die bloße bedrohliche Existenz der Zensur bedeutet eine schlimme Schädigung der Literatur. Sie lähmt die Schaffenskraft und Schaffensfreudigkeit der Autoren, die nicht bloß ein Buchdrama schaffen wollen. Das erklärt es auch, warum Deutschland keinen Aristophanes hat, der die Schwächen seiner Zeit und der herrschenden Klassen mit scharfem Spott und beißender Satire belauchtet. Die Zensur ist auch eine durchaus politische Angelegenheit. Es ist das alte Mißtrauen der Regierenden gegen das Volk, das höher strebt. Man will die Masse lenken, wie eine Herde. Eine Protestversammlung wie diese wird an dem Gang der Dinge bei unseren Behörden wenig ändern, sie ist aber deshalb außerordentlich wertvoll, weil sie bei den Teilnehmern das Gedächtnis kühlen soll bis zu dem Augenblick, wo für jeden einzelnen der Tag der Abrechnung kommt. Ich bin der Ueberzeugung, daß auch das Oberverwaltungsgericht dem Polizeipräsidenten recht geben wird; aber gerade deswegen, weil das Volk solchen Maßnahmen vorläufig wehrlos gegenübersteht, darum muß diese Wahrnehmung dazu führen, daß jeder einzelne sich sagt: ich werde auch diese geistige Bevormundung, diesen Teil der preußisch-deutschen Knebelungspolitik meinem Gedächtnis einprägen, um an dem Tage, wo der Stimmzettel seine Zaubermacht ausübt, zu sagen, was ich darüber denke.

Alfred Kerr, der dann das Wort nahm, betonte den außerordentlichen kulturellen Wert der Arbeit der Freien Volksbühne. In Preußen werde solche Arbeit freilich mit Zensurverfügungen beglückt. Hier herrsche derselbe Geist, der auch die Berliner Universitätsleitung veranlaßte, die beantragte Ernennung von Hauptmann und Liebermann zu Ehrendoktoren abzulehnen. Die Künstler, die in ihrer freien Entfaltung von der Bureaukratie gehemmt würden, appellierten jetzt an die Hilfe des Volkes.

Hans Leuß hob mit seiner Ironie die unfreiwilligen Verdienste des Berliner Polizeipräsidenten um die Ausbreitung der demokratischen Ideen hervor. Diese Wirkung werde auch sein Vorgehen gegen die Freie Volksbühne haben.

Rechtsanwalt Heinemann entschuldigte den am Erscheinen verhinderten Abgeordneten Molkenbuhr und drückte im Gegensatz zu Vollrath die Hoffnung aus, daß das Oberverwaltungsgericht den Polizeipräsidenten desavouieren werde.

Einstimmig wurde hierauf folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung bedauert auf das lebhafteste, daß der Oberpräsident der Provinz Brandenburg die berechtigte Beschwerde der Freien Volksbühne gegen die Zensurverfügung des Polizeipräsidenten verworfen hat. Solche Maßregeln der Verwaltung gegenüber einem verdienten volkstümlichen Kunstinstitut gleich der Freien Volksbühne sind geeignet, die in den Massen der Bevölkerung ohnehin schon vorhandene Mißstimmung noch zu vermehren. Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß das Geistesleben der Nation keiner polizeilichen Oberaufsicht bedarf und sich nur in voller Freiheit segensreich entwickeln kann. Sie fordert daher nicht nur die Wiederherstellung der in 20jähriger Praxis bewährten Zensurfreiheit der Freien Volksbühne, sondern die Beseitigung der veralteten Theaterzensur überhaupt."

Sie trug folgende Unterschriften: Theodor Wolff, Wolfgang Heine, Leo Arons, Ludwig Fulda, Hermann Heijermans, Paul Goldmann, Rudolf Breitscheid, Paul Natjan, Paul Harms, Eduard David, Hugo Heinemann, Alfred Kerr, Karl Vollrath, J. Landau, Hermann Molkenbuhr, Paul Schlenther, Hans Leuß.

Der Vorsitzende schloß die imposante Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Freie Volksbühne.

Stadtältester Hübner †. Der Stadtälteste und Stadtrat a. D. Karl Hugo Hübner ist am Sonntag nachmittag im 84. Lebensjahre gestorben. Seit drei Jahren hatte sich Hübner von seinen städtischen Aemtern zurückgezogen. Die Stadt ehrte ihn damals durch die Verleihung des Titels „Stadtältester". Seit dem Jahre 1859 war Hübner ununterbrochen ehrenamtlich im Dienste seiner Vaterstadt tätig gewesen. Am 17. Januar 1827 war Hübner in Berlin geboren. Als er das dreißigste Lebensjahr überschritten hatte, wählte man ihn zum Armenkommissionsvorsteher, Servisverordneten und Bezirksvorsteher. 1868 wurde er Stadtverordneter. Berlin zählte damals 750 000 Einwohner. Als 1871 der unbesoldete Stadtrat v. Kathen gestorben war, wählte man Hübner zu dessen Nachfolger. 36 Jahre hindurch hat er das ihm übertragene Amt verwaltet. Er war nach- und nebeneinander Mitglied der Steuerverwaltung, der Armendirektion, des Magistratskollegiums und -aufsichtsamts, der Arbeitshausverwaltung, des Kuratoriums für hypothekarische Beleihung von Grundstücken und Stiftungsfonds, Vorsitzender der Deputation für den städtischen Viehhof, des Gewerkausstellungsfonds vom Jahre 1840, des Vorstands vom St. Gertraudtenhospital, Mitglied des Direktoriums des Berliner Pfandbriefamts, Vorsitzender mehrerer Stiftungen für Invaliden. Als er im Jahre 1896 sein fünfundzwanzigjähriges Jubiläum als unbesoldeter Stadtrat feierte, benannte man nach ihm eine Straße in der Nähe des seiner Obhut unterstellten Viehhofes. 1902 war er 25 Jahre Mitglied des Stadtausschusses, ebenso lange Mitglied der städtischen Feuersozietät.

Der bisherige Direktor der Deutschen Hypothekenbank in Meiningen mit dem Sitz in Berlin, Geheimer Justizrat Dr. jur. Adolf Braun, scheidet auf seinen Antrag aus Gesundheitsrücksichten mit dem 1. Januar aus dem Vorstand der Bank aus. An seine Stelle ist Direktor Fritz Hartmann gewählt worden. Hartmann ist als eifriger Gegner der staatlichen Wertzuwachssteuer bekannt geworden. Er hat in seiner Eigenschaft als Gemeindevertreter von Tempelhof der Deutschen Bank die Anregung zu dem Verwertungsvertrage des Tempelhofer Feldes gegeben und ist auch Mitglied des Aufsichtsrats der Tempelhofer Feld Aktiengesellschaft. Er ist zurzeit noch Direktor der Bodengesellschaft am Hochbahnhof Schönhauser Allee, der Terraingesellschaft Berlin-Nordend, der Schöneberg-West-Aktiengesellschaft für Grundstücksverwertung und der Industrieviertel Berlin-Tempelhof.

Die Affäre des Rektors Bock. In dem Befinden des verhafteten Rektors Bock ist gestern wieder eine wesentliche Verschlimmerung eingetreten, so daß Bock vom Untersuchungsgefängnis nach der Charité zurückbefördert werden mußte. Rektor Bock leidet, wie berichtet, an Magenbluten. Es ist wieder fraglich geworden, ob der auf den 12. Dezember verschobene Termin im Prozeß gegen den Rektor Bock überhaupt wird stattfinden können.

Die Gattin eines Berliner Arztes im Zuge beraubt. Auf der Strecke Kufstein—Innsbruck sind, wie der Berliner Kriminalpolizei jetzt gemeldet wird, der Gattin eines Berliner Arztes Juwelen von bedeutendem Wert aus dem Reisegepäck gestohlen worden. Als Täter kommen Eisenbahnbediene in Betracht, die bereits im vorigen Monat auf der Strecke Innsbruck—Franzensfeste einer anderen Dame Juwelen im Werte von 30 000 Mark geraubt haben.

Unter den Rädern eines Automobils. Von einem Automobil wurde gestern nachmittag auf dem Kurfürstendamm eine etwa dreißig Jahre alte Dame überfahren und getötet. Sie wurde, als sie den Damm in der Nähe der Joachimsthaler Straße überschreiten wollte, von der Droschke 6865 erfaßt und zu Boden geworfen. Die Räder gingen der Schwester über den Brustkorb. Sie wurde in die Klinik in der Kaiserallee transportiert, wo sie nach wenigen Minuten starb. Der Chauffeur Karl Voß wurde verhaftet.

Ein Pariser Schwindelunternehmen. Zu jüngster Zeit haben zahlreiche Personen in Nord- und Süddeutschland aus Paris Zuschriften von einer „Banque Universelle" in Paris, „Rue Louvre Boite 462", erhalten. Darin wird mitgeteilt, daß ein vor vielen Jahren nach Amerika ausgewanderter Deutscher mit Hinterlassung eines Millionenvermögens plötzlich kinderlos gestorben sei, ohne über seinen Nachlaß letztwillig verfügt zu haben. Der Nachlaß falle daher seinen nächsten Verwandten zu. Die Chicagoer Zweigstelle der Banque Universelle sei beauftragt, den Nachlaß zu ordnen, und habe erfahren, daß der Briefempfänger möglicherweise ein erbberechtigter Verwandter des Verstorbenen sei. Zur Prüfung der Verwandtschaftsverhältnisse möge er nähere Angaben über seine Abstammung machen und zur Deckung der Barauslagen, die der Bank durch Prüfung und Nachforschungen entstehen würden, 5 Mark oder, falls telegraphische Weitergabe seiner Angaben nach Chicago und telegraphische Nachnachricht erwünscht sei, 15 Mark einsenden. Briefe und Geldsendungen in Paris zu richten.

Diese Angaben sind in den Schreiben der „Bank" dieselben, nur der Name des Erblassers wechselt mit dem Namen des Briefempfängers, dem er regelmäßig entspricht. Schon hieraus ist zu entnehmen, daß der angebliche Millionennachlaß gar nicht vorhanden ist; auch haben an Ort und Stelle vorgenommene Nachforschungen ergeben, daß es eine „Banque Universelle" in Paris überhaupt nicht. Es handelt sich hier also um ein Schwindelunternehmen, das es auf die Ausbeutung Leichtgläubiger abgesehen hat, und vor dem nicht eindringlich genug gewarnt werden kann.

Ausweisung eines Oesterreichers aus Preußen. Unter den in Berlin lebenden Oesterreichern verursacht die Art, wie die „N. Fr. Pr." meldet, folgender Fall ereignet: Der aus Oesterreich-Schlesien nach Berlin gezogene Schneider Heinrich Goldsinger, ein völlig unbescholtener Mann, hatte bei der preußischen Behörde um Ausstellung eines Arbeitsbuches angesucht. Er erhielt vom Berliner Polizeipräsidium als Antwort auf sein Ansuchen den Bescheid, daß er „als lästiger Ausländer binnen vier Wochen das preußische Staatsgebiet zu verlassen habe". Der Bescheid schließt mit den Worten: „Ihr Antrag auf Ausstellung einer Arbeiterlegitimationskarte findet hiermit eine Erledigung." Die Vereine der Oesterreichisch-ungarischen Kolonie in Berlin haben bereits Schritte unternommen, um eine Zurücknahme des Ausweisungsbefehls zu erreichen.

Hoteltauf am Stettiner Bahnhof. Die Berliner Hotelgesellschaft Kaiserhof hat das soeben fertiggestellte „Hotel Baltic" (Baltischer Hof), Invalidenstraße 120/121 gegenüber dem Ausgang des Stettiner Bahnhofes käuflich erworben.

Manipulationen mit Zirkusbillets. Seit einiger Zeit kam es im Zirkus Busch oft zu peinlichen Szenen, weil Besucher des Zirkus ihre Plätze bereits von anderen Zuschauern besetzt fanden. Die unangenehmen Vorkommnisse haben jetzt eine überraschende Aufklärung gefunden. Zwölf Kontrolleure des Zirkus hatten durch dritte Personen Eintrittskarten, die sie den Besuchern ganz abgenommen hatten, ohne ihnen den Kontrollkupon zurückzugeben, zu ermäßigten Preisen vor dem Zirkus wieder verkaufen lassen. Die Folge war, daß dann die Plätze doppelt besetzt waren. Die Kontrolleure sind sofort entlassen worden.

Nach Unterschlagung von 7500 Mark ist der 25 Jahre alte Buchhalter Walter Fritz, der in der Lortzingstraße 4 bei seinen Eltern wohnte, entflohen. Geschädigt ist die Berliner Vertretung einer großen Automobilfirma, die auf die Wiederbringung der unterschlagenen Summe 750 Mark Belohnung ausgesetzt hat. Der Flüchtige ist 1,73 Meter groß, hat schlanke Figur, dünnes, semmelblondes Haar, Anflug von Schnurrbart und länglich spitzes Gesicht. Fritz spricht sehr schnell und undeutlich.

Die vorgeschichtliche Ansiedelung in Buch. Bei den in diesem Jahr für die Erbauung der neuen städtischen Irrenanstalt in Buch vorgenommenen Ausschachtungen wurden, wie berichtet, Spuren einer vorgeschichtlichen Ansiedelung entdeckt, deren weitere Verfolgung durch das Märkische Museum zu überraschenden Ergebnissen führte. Außer mehr als hundert wertvollen Einzelfunden wurden 84 Grundrisse von Häusern festgestellt, womit zum erstenmal eine vollständige Dorfanlage aus der Bronzezeit aufgedeckt worden ist. Die von Dr. Kiekebusch geleiteten Ausgrabungen führten weiterhin zu wichtigen Beobachtungen über den Hausbau dieser prähistorischen Periode, die Lebensweise der damaligen Bewohner, die Anlage der Ansiedelung usw. Viele wissenschaftliche Unterlitäten haben den hohen Wert der bisher gewonnenen Resultate für die Geschichte der ältesten märkischen und der ganzen deutschen Kultur anerkannt. Die dem Museum unerwartet zugefallene wichtige Aufgabe hat Kosten verursacht, durch die der für derartige Zwecke vorhandene bescheidene Fonds um etwa 800 Mark überschritten wurde. Da noch ein beträchtliches Gelände zu untersuchen ist, hat der Berliner Magistrat den Stadtverordneten jetzt eine Vorlage zugehen lassen mit der Bitte um folgende Beschlußfassung: „Die Versammlung ist damit einverstanden, daß dem Märkischen Museum zur Bestreitung der schon verursachten und der noch erforderlichen Kosten der in Buch unternommenen Ausgrabungen für den laufenden Etat 2800 Mark bewilligt werden."

Die Demokratische Vereinigung im Reichstagswahlkampf. In einer interessanten Auseinandersetzung über die Berechtigung des Vorgehens der Demokratischen Vereinigung im gegenwärtigen Reichstagswahlkampf kam es in einer von demokratische Seite einberufenen öffentlichen Volksversammlung, die im „Englischen Garten" stattfand. Dr. Breitscheid sprach über „Die Wahlen und die Wahlparole". Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die von den demokratischen Organisationen des 4. und 5. Berliner Reichstagswahlkreises einberufene, im Englischen Garten tagende Volksversammlung spricht nach einem Referat des Herrn Dr. Breitscheid den einschiedenen Willen aus, der in Preußen-Deutschland auf allen Gebieten herrschenden Reaktion bei den nächsten Reichstagswahlen mit dem Stimmzettel energisch entgegenzutreten.

Der Sammlungspolitik der Regierung gegenüber gibt es nur eine Wahlparole: Zusammenschluß aller wirklich demokratischen Elemente gegen das Willkürregiment der Junker und Pfaffen.

Deshalb: Wahlhilfe und Stimme nur den Parteien, welche gewillt sind, rücksichtslos und mit zäher Entschlossenheit den Kampf für die Demokratie, für die politische und wirtschaftliche Freiheit des Volkes zu führen."

Der Ansiedlungsverein Großberlin veranstaltet am Donnerstag, 17. November, abends 8½ Uhr eine große öffentliche Volksversammlung in Dräfels Festsälen, Neue Friedrichstraße 35. Die Tagesordnung ist folgende: Wohnungswucher oder Volksgesundheit? Der Kampf um das Tempelhofer Feld. Redner: die Herren H. Kötschke, Dr. K. v. Mangoldt, Stadtverordneter Dr. med. Zadek. Nach den Vorträgen: Diskussion, für die bereits Aeußerungen von Rednern verschiedener Parteien zugesagt sind.

Zur Kirchenwahl in der Gallilägemeinde. Zur Aufklärung für alle, die Protest erheben wollen gegen das reaktionäre Kirchenregiment und das andauernde Steigen der Kirchensteuern, findet heute abend 9 Uhr in den Sälen der Germania-Brauerei, Frankfurter Allee 53 eine große öffentliche Versammlung statt. Herr Pfarrer Alfred Fischer wird sprechen über: „Die orthodoxe Gefahr." Freie Aussprache für jedermann.

Jubiläum der reisenden Kaufleute.

25 Jahre Berliner Sektion.

Der Verband reisender Kaufleute Deutschlands (Sektion Berlin) beging gestern vormittag im Künstlerhause anläßlich des 25jährigen Bestehens der Sektion einen Festakt, bei dem außer den Berliner Mitgliedern eine große Anzahl von Vorsitzenden der deutschen Zweigvereinigungen anwesend war; die Handelskammer zu Berlin war durch ihren Vorsitzenden, Geheimen Kommerzienrat Wilhelm Herz vertreten, die Eisenbahndirektion Berlin hatte Regierungsrat Dr. Redlich entsandt, und die deutsche Reichspostverwaltung war durch Postrat Hohmann vertreten. Ferner hatten der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller, die Aeltesten der Kaufmannschaft und mehrere kaufmännische Vereinigungen Abgeordnete entsandt. Vom Auslande waren vielfach die Präsidenten der dortigen kaufmännischen Verbände erschienen; unter anderem waren anwesend aus London die Herren W. M. Richardson und Fred Cobsch, aus Kopenhagen Präsident Knaps, aus Christiania Präsident Paulsen, die französischen Vereine waren durch Herrn Ludwig Ullmann-Berlin vertreten.

Der Vorsitzende der Sektion Berlin, Herr Ebel, eröffnete die Festversammlung und teilte unter großem Beifall die Namen der neueingetretenen stiftenden und unterstützenden Mitglieder mit. Herr Georg Haase, der Vorsitzende des Aufsichtsrates, dankte allen Mitgliedern für die treue Mitarbeit und teilte mit, daß der Verband reisender Kaufleute Deutschlands gegenwärtig in 103 Sektionen etwa 14 000 Mitglieder, darunter 74 Handelskammern und 2575 außerordentliche Mitglieder, umfaßt. Der Verband besitzt gegenwärtig ein Vermögen von 4½ Millionen Mark. Bis zum 1. Oktober dieses Jahres wurden an Witwen- und Waisenunterstützungen 855 000 Mark, an Altersunterstützungen 75 000 Mark, Krankenunterstützungen 183 000 Mark, an Begräbnisunterstützungen 238 000 Mark und an Notstandsunterstützungen 295 000 Mark gezahlt. Mit dem Wunsche, daß Berlin weiter an der Spitze des Verbandes marschieren möge, schloß er seine Ausführungen.

Hierauf hielt der Obmann der Verkehrskommission Berlin, Herr Conrad, einen Vortrag über die Zwecke und Ziele der Verkehrskommission des Verbandes. Der Redner führte aus, daß die Kommission unermüdlich und mit Erfolg gearbeitet habe. Besonders strebte die Kommission die Ausgestaltung des Verkehrs an; es sind viele Eingaben an das Eisenbahnministerium wegen Reform der Personen- und Gepäcktarife, der Fahrkartensteuer, der Behandlung der Musterkoffer und der Regelung der Gepäckträgertarife abgesandt worden. Viele Verbesserungen im Zugverkehr sind auf Anregung der Kommission geschaffen. Bei der Reichspost sind auf Anregung auf eine raschere Brief- und Paketbeförderung und auf ausgedehntere Briefbestellung an Sonntagen gestellt worden; es sei zu hoffen, daß diese Anträge, die von großer Bedeutung für die gesamte Bevölkerung sind, an maßgebender Stelle Beachtung finden. Der Vertreter der Eisenbahndirektion, Regierungsrat Dr. Redlich, erklärte, daß der Eisenbahnverwaltung die Anregungen des Verbandes stets willkommen sind. Die Eisenbahn sei zum Teil auf die Mitwirkung des Verbandes angewiesen, namentlich bei der